

Uwe Beckmeyer

- (A) Der legendäre Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: Es kann nicht ein Neuer, noch bevor er sein Amt übernimmt, Vollkommenheit erwerben, um das Amt übernehmen zu dürfen. – Herr Minister, Ihr Amtsantritt ist jetzt ein Jahr vorbei. Nun geht es langsam ans Eingemachte. Wir erwarten von Ihnen, dass mehr dabei herauskommt. Kommen Sie heraus aus der Wagenburg Ihres Leitungszirkels! Machen Sie mit uns Politik!

Wir haben uns vorhin sehr darüber gefreut, dass Sie ganz bestimmte Projekte angekündigt haben. Aber Sie müssen jetzt auch etwas dafür tun, dass die Opposition mit Ihnen zusammenarbeitet. Ich habe schon einmal in einer Haushaltsdebatte gesagt: Machen Sie Vorschläge, und wir werden darüber nachdenken. Machen Sie beispielsweise Vorschläge zu einer Nutzerfinanzierung von Verkehrsprojekten.

Aber was Sie momentan machen, ist abenteuerlich. Sie wollen demnächst – auch das haben Sie angekündigt – die Mittel aus der Maut der Straße zuführen. Aber das reicht für die Straße nicht. Sie werden also weiterhin Finanzierungsbeiträge aus dem Haushalt für die Straße brauchen. Auch für die Schiene werden Sie mehr Finanzierungsmittel aus dem Haushalt einsetzen müssen. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, dann werden Sie feststellen, dass auch das nicht zu einer Art Geldvermehrung in diesen Bereichen führt. Es führt möglicherweise nur dazu, dass Sie damit eine Diskussion zur Einführung einer Pkw-Maut anstoßen.

- (B) Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Herr Kollege Beckmeyer!

Uwe Beckmeyer (SPD):  
Jawohl, Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Wie schön.

Uwe Beckmeyer (SPD):  
Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie merken, in diesem Haushaltsentwurf ist der Wurm drin. Ich habe versucht, dies an einigen Beispielen darzustellen. Ich hoffe, dass die Koalitionsfraktionen aus sich heraus ein wenig mehr Kraft entfalten, um das eine oder andere noch zu korrigieren. Wir würden uns jedenfalls darüber freuen. Wir Sozialdemokraten werden einige Anträge für die Haushaltsberatung am 6. Oktober einbringen, um Ihnen ein bisschen zu helfen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Dr. Claudia Winterstein ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Claudia Winterstein (FDP): (C)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten Regierungen sind immer den einfachen Weg gegangen, nämlich über Schulden und Steuererhöhungen ihre Ausgabenpolitik zu finanzieren. Das haben Sie, Herr Beckmeyer, eben sehr deutlich gemacht. Sie haben gesagt, wofür wir das Geld ausgeben sollen. Aber Sie haben nicht gesagt, woher wir das Geld bekommen sollen, um es dann auszugeben.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Denken Sie mal ein bisschen an Mövenpick!)

Der Haushalt für das Jahr 2011 wird eine deutliche Trendwende einleiten. Hier stellt sich die christlich-liberale Koalition ihrer Verantwortung, die enorme Verschuldung, die Sie mit zu vertreten haben, endlich in den Griff zu bekommen, um dann wieder Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das sind wir auch unserer jungen Generation schuldig. Für sie müssen wir die Grundlagen für ein stabiles Wachstum unserer Volkswirtschaft erhalten und ausbauen. Eine gut ausgebaute und intelligent vernetzte Verkehrsinfrastruktur ist eine der wichtigsten Grundlagen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Daran sparen Sie doch!)

Deswegen betrachtet die Koalition neben der Konsolidierung der Staatsfinanzen den Ausbau der Infrastruktur als ein sehr wichtiges Ziel ihrer Politik. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Bettina Hagedorn [SPD]: Dann müssen Sie doch Geld dafür vorsehen!)

Ohne solide Staatsfinanzen nehmen wir uns den Handlungsspielraum, um auch in Zukunft Verkehrspolitik zu gestalten. Jeder Euro, den wir für Kredite ausgeben müssen, fehlt uns nicht zuletzt bei den Straßen und Schienen.

Der hier vorliegende Entwurf zum Einzelplan 12 berücksichtigt beide Ziele in gleicher Weise. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen durch die Schuldenbremse und das Sparpaket bleiben die Investitionen im Verkehrsbereich auf einem akzeptablen Niveau. Denn Sie müssen bedenken: Fast 10 Milliarden Euro werden im nächsten Jahr in Straße, Schiene und Wasserstraße investiert. Im Haushalt 2008, also vor den Konjunkturhilfen, lagen die Investitionen im Verkehrsbereich bei knapp über 9 Milliarden Euro. Es fließt im Jahre 2011 also mehr Geld in die Sanierung und den Ausbau unserer Verkehrswege als vor der Wirtschaftskrise.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Auch Sie, Herr Beckmeyer, hätten in den letzten vier oder acht Jahren die Möglichkeit gehabt – ich frage mich: wo waren Sie eigentlich in diesen Jahren? –

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Wir haben gestaltet! – Johannes Kahrs [SPD]: Hat er gemacht!)

diese Ansätze noch höher zu setzen, da Sie sich ja keine Gedanken darüber machen, woher Sie das Geld bekom-

Dr. Claudia Winterstein

- (A) men, sondern sich nur Gedanken darüber machen, wie Sie es ausgehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ob das nun eines verantwortungsbewussten Politikers würdig ist, darüber kann man streiten.

Jedenfalls muss der Einzelplan 12 auch seinen Beitrag erbringen. Einer von vielen Einsparvorschlägen der Regierung betrifft die Kürzung von Programmmitteln im Bereich der Stadtentwicklung; Sie haben das schon gesagt. Dieser Bereich wurde in den beiden letzten Jahren um zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturprogramm I aufgestockt. Diese Sonderausgaben fallen jetzt weg.

Darüber hinaus leistet der Bereich Städtebau seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Das ist eben leider so. Wenn Sie jetzt sagen: „Wir brauchen das nicht, wir wollen weiterhin die Gelder ausgeben“, dann sagen Sie uns bitte, woher sie kommen sollen. Durch die Förderung von 305 Millionen Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen für städtebauliche Projekte zur Verfügung stellt, bleibt die Möglichkeit erhalten, auch weiterhin Impulse für die Stadtentwicklung zu setzen.

Die Städtebauförderung ist durch ihre Vielzahl von Programmen kompliziert und zum Teil unüberschaubar geworden. Ich denke, dass eine Verknappung der Mittel vielleicht auch dazu führt und Anreize bietet, Programme zu bündeln und effizienter zu gestalten.

(Beifall bei der FDP – Uwe Beckmeyer [SPD]: Das glauben aber auch nur Sie!)

- (B) – Ja. – Ein weiterer Sparbetrag soll nach bisheriger Planung das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm erbringen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Falsche Weichenstellung!)

Seit dem Start im Jahre 2006 wurde die energetische Haussanierung mit 7,2 Milliarden Euro durch den Bund unterstützt. Jetzt soll das Programm zurückgefahren werden, mit Mitteln von 440 Millionen Euro in 2011 aber noch aktiv bleiben.

Nun erinnere ich mich sehr gut daran, dass Herr Tiefensee dafür in der letzten Regierung verantwortlich war, Herr Beckmeyer. Ich frage mich: Warum hat er denn die 1,5 Milliarden Euro, die er pro Jahr zur Verfügung gestellt hat, nicht noch weiter erhöht? Warum hat er den Einsatz von 400 Millionen Euro vorgezogen?

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Reden sie einmal von den nächsten Jahren und nicht immer von der Vergangenheit!)

– Sie müssen auch einmal die Vergangenheit sehen. Sie haben doch gesagt: Die Mittel haben nie gereicht. So gesehen hätte Herr Tiefensee den Bereich der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung in den letzten Jahren noch wesentlich besser ausstatten können. Er hat es aber nicht getan. Aus welchem Grund? Weil eben schlichtweg die Gelder nicht vorhanden waren.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Es ist doch Humburg, was Sie erzählen!)

Insofern möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir jetzt über das Energiekonzept der Bundesregierung zu diskutieren haben, insbesondere natürlich auch im Hinblick auf das ehrgeizige Ziel, bis 2050 alle Gebäude emissionsfrei umzubauen. Hier gibt es, denke ich, noch viele offene Fragen wirtschaftlicher und auch juristischer Art.

(Johannes Kahrs [SPD]: Ihr Haushalt ist auch eine offene Frage!)

Es ist zum Beispiel fraglich, ob ein Zwang zur Sanierung nicht einen unzulässigen Eingriff in das Eigentum darstellt.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Die Frage stellt sich bei dem Thema doch gar nicht!)

Wir dürfen Hauseigentümer und Mieter nicht überfordern. Nicht jeder ist in der Lage, entsprechende Summen zur Sanierung aufzubringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hans-Joachim Hacker [SPD]: Unsinn!)

Wir wollen die nächsten Wochen nutzen, um darüber zu diskutieren, wie wir das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm in Zukunft ausgestalten können.

Eines muss man aber ehrlicherweise sagen: Derzeit befinden sich die Bauzinsen auf einem sehr niedrigen Niveau. Dadurch besteht auch ohne staatliche Förderung ein hoher Anreiz für Sanierungsmaßnahmen. Außerdem sind bei solchen Förderprogrammen auch Mitnahmeeffekte zu beachten, wenn zum Beispiel ein Bauherr den Neubau sowieso nach den neuesten Standards geplant hatte. Die Förderung muss also vor allen Dingen dort ankommen, wo sie gebraucht wird.

Wir denken über den aktuellen Haushaltsentwurf hinaus darüber nach, wie in Zeiten knapper öffentlicher Kassen eine ausreichende Finanzierung der Verkehrswege erreicht werden kann. Das schaffen wir einerseits durch die effektive Verteilung der vorhandenen Gelder, indem wir klare Schwerpunkte in der Verkehrspolitik setzen, wie etwa Erhalt vor Ausbau und die Beseitigung von Engpässen an wichtigen Knotenpunkten und Hauptstrecken.

Andererseits wollen wir mehr privates Kapital für die Infrastruktur mobilisieren. Es werden zu den bereits erfolgreich laufenden Projekten in öffentlich-privater Partnerschaft neue hinzukommen. Darüber hinaus wollen wir durch die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft einen geschlossenen Finanzierungskreislauf bei der Straße schaffen. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen vollständig in die Straße zurückfließen. Das entspricht übrigens einer langjährigen Forderung der FDP. Es erhöht die Akzeptanz der Maut. Zusätzlich soll die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft kreditfähig werden, um bei der Finanzierung von Autobahnprojekten mehr Spielraum zu erhalten.

Meine Damen und Herren, wir wollen ganz klar eine Trendwende in der Haushaltspolitik einleiten: solide Staatsfinanzen statt ungezügelter Ausgabenpolitik. Das ist das Versprechen gegenüber unserer jungen Genera-

Dr. Claudia Winterstein

(A) tion; denn auf Schuldenbergen können unsere Kinder nicht spielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Nächster Redner ist der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Linke steht für eine Verkehrs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik, die stets von sozialer Verantwortung und demokratischer Teilhabe aller an den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeht: Was alle brauchen, muss öffentlich zugänglich sein; Mobilität und urbanes Leben müssen bezahlbar sein.

Wir reden hier über den Infrastrukturhaushalt. Um es einmal plastisch zu machen: Es gibt nicht einen einzigen Wahlkreis eines Bundestagsabgeordneten, der von diesem Etat nicht berührt wäre; er hat enorme Auswirkungen. Wenn Sie von der Bundesregierung etwas mutiger wären, dann hätten Sie einen wirklichen Infrastrukturretat geschaffen, indem Sie das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium hier integriert hätten.

(B) Sie sehen: Die Opposition geht den Haushalt lustvoll und kreativ an. Das Zahlenwerk von Bundesminister Ramsauer ist allerdings ein Anschlag auf Mut und Kreativität.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür will ich ein paar Beispiele nennen.

Sie wollen mit diesem Haushalt die Etats zweier besonders erfolgreicher Förderprogramme – die Städtebauförderung und die energetische Gebäudesanierung – im Vergleich zu diesem Jahr halbieren. Wer sich so seiner eigenen Stärken beraubt, nimmt sich doch den Spielraum zum Gestalten. Ich finde, das, was Sie hier vorführen, ist nun wirklich absurd.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bekommen Sie wie wir Briefe von Architekten, Wohnungsgesellschaften, Kirchen und Mietervereinigungen, die sich darüber beschweren. Es muss Ihnen doch zu denken geben, wenn sich Ortsvereine von CSU, Grünen, SPD und Linken gleichermaßen über diesen Unsinn beschweren. Dass Sie nicht in der Lage sind, daraus Schlüsse zu ziehen, ist ebenfalls absurd.

(Johannes Kahrs [SPD]: Ja, weil die Linke dabei ist!)

– Das schreckt inzwischen niemanden mehr.

(Heiterkeit des Abg. Johannes Kahrs [SPD])

Das Neue an diesem Widerstand ist: Diejenigen, die uns diese Beschwerdebriefe schicken, argumentieren in erster Linie nicht betriebswirtschaftlich. Sie sagen nicht:

Meinem Unternehmen geht der Gewinn flöten. Sie sagen auch, aber nicht nur: Es geht um Arbeitsplätze. Sie argumentieren mit gesellschaftlicher Verantwortung und sagen Ihnen die Wahrheit. Die Wahrheit ist: Sie machen mit dieser Politik das Gemeinwesen und die Demokratie kaputt; wir erleben hier einen Anschlag auf unser demokratisches Gemeinwesen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist das Neue am Widerstand gegen Ihre vermeintliche Sparpolitik, die nicht wirklich Sparpolitik ist: Während wir hier eine Woche lang darüber debattieren, wie man 10 Milliarden Euro im Bundesetat einsparen kann, werden Garantien in Höhe von 40 Milliarden Euro – erneut für die Hypo Real Estate – am Parlament vorbei ausgereicht.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Garantien, nicht Barmittel!)

Ich will Ihnen von einem Erlebnis erzählen. Ich stand vor kurzem auf einer halb fertiggestellten ICE-Brücke in meinem Wahlkreis, die über die Unstrut führt. Sie gehört zur ICE-Strecke Nürnberg–Leipzig. Ingenieurtechnisch ist das außerordentlich beeindruckend; die Fahrstrecke wird dann irgendwann eine halbe Stunde kürzer sein. Die Wahrheit der neuen Trasse heißt aber auch, dass dann Kulturstädte wie Weimar, Naumburg und andere regelrecht vom Fernverkehr abgehängt werden. Ich glaube, diese Logik der Metropolendominanz ist keine Logik von heute, sondern von gestern. Das Interessante dabei ist: Ihre Ideen von vorgestern werden heute in Beton gegossen; aber es sind eben Ideen von vorgestern. (D)

Es gibt auch ganz andere Logiken. In Sachsen-Anhalt fand die Internationale Bauausstellung statt, eine sehr beeindruckende Veranstaltung, deren Motto „Weniger ist Zukunft“ lautete. Es ging um die Hinwendung zu einer anderen Entwicklungslogik. Aber dafür braucht es eine zukunftsfähige Infrastrukturpolitik. Dafür muss man Mut haben und dann auch Geld anfassen.

Herr Bundesminister, in Ihrem Etat sind alle Baulichkeiten des Bundes in Berlin und Bonn versammelt. Sie tragen künftig eine spezielle Verantwortung dafür, den Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin zu vollziehen. Die Linke hat Ihnen dazu bereits im Jahr 2006 einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Nun hat auch der Bundesverteidigungsminister – er ist ein reformfreudiger Typ – erkannt, dass es besser wäre, sein Ministerium in Berlin anzusiedeln.

(Johannes Kahrs [SPD]: Da hat er recht, ausnahmsweise!)

Herr Ramsauer, wir fordern Sie auf: Packen Sie es an! Treten Sie für die Wiedervereinigung der Bundesregierung in Berlin ein! Wir versprechen Ihnen dabei: Keinem Bonner wird es schlechter gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, wir Osis haben gut gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen, auch bei Ihrer Rede. Demnach wollen Sie, dass Ihr Etat nicht so bleibt, wie er ist. Hierin stim-